

**Bündnis 90/Die Grünen  
Landesverband  
Niedersachsen**

**Dorothea Steiner**, MdL  
Landesvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen, Niedersachsen

**Rebecca Harms**, MdEP  
stv. Fraktionsvorsitzende  
der Grünen im Europaparlament

**Stefan Wenzel**, MdL  
Fraktionsvorsitzender  
der Grünen im nds. Landtags

Odeonstrasse 4, 30159 Hannover  
Telefon: 0511/ 126 085-0  
[www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)

Hannover, 22.02.2007

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Odeonstrasse 4 30159 Hannover

An den  
Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen  
Christian Wulff  
Planckstraße 2  
30169 Hannover

## 30 Jahre Erkundung in Gorleben

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wulff!

Am 22. Februar jährt sich zum 30. Mal die Entscheidung, Gorleben zum Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum zu machen. Das Verfahren, in dem die damalige Landesregierung Albrecht unterstützt von der Bundesregierung Gorleben festgelegt hat, war auch für die damalige Zeit intransparent und willkürlich. Nach einem Vergleich, in dem drei andere Salzstöcke in Niedersachsen auf ihre Eignung als Endlager für Atommüll untersucht wurden, erfolgte die Entscheidung für Gorleben überraschend. Besondere Gründe, die für die geologische Eignung sprächen, wurden nicht genannt. Berater des Ministerpräsidenten Albrecht wie der Geologe Prof. Lüttich erklärten später öffentlich, dass der Standort Gorleben „nicht in die günstigste Kategorie“ gehört und die Entscheidung vorrangig politisch begründet war.

Aus heutiger Sicht ist allein das mangelhafte Auswahlverfahren ein Grund gegen das Festhalten am Standort Gorleben. Internationale Sicherheitsanforderungen der IAEA oder der OECD erlauben kein Verfahren, in dem nicht von Anfang an Transparenz und Bürgerbeteiligung Priorität haben. Seit Sie zum Ministerpräsidenten Niedersachsens gewählt wurden, nehmen Sie bei Ihren Reden zur Zukunft des Landes immer wieder Bezug auf die Rolle der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger. Sie appellieren regelmäßig an die Niedersachsen, Verantwortung für ihre Heimat zu übernehmen. Es ist ein harter Widerspruch, dass die Argumente und Forderungen einer der vehementesten und stärksten Bürgerbewegungen des Landes bei Ihnen bis heute auf taube Ohren stoßen.

Die Forderungen, die heute zur Endlagersuche und damit zu Gorleben vertreten werden, sind in keiner Weise vermessen oder irrational. Gefordert wird, ein bundesweit vergleichendes systematisches Suchverfahren einzuleiten. Ein Verfahrensvorschlag dazu liegt mit den Empfehlungen des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte seit mehreren Jahren vor. Es ist bestürzend und ein schlechtes Zeichen für die demokratische Verfasstheit des Landes, wenn ein

solches auf Partizipation und Sicherheit orientiertes Verfahren heute zwar in der Schweiz oder in Schweden durchgeführt wird, es in Niedersachsen und Deutschland aber schlichtweg abgelehnt wird, zumindest von CDU und FDP.

Wir fordern Sie anlässlich des 30. Jahrestages der Gorlebenentscheidung auf: Zeigen Sie Einsicht! Vorrang für Sicherheit heißt, dass man die Entscheidung für Gorleben überprüfen muss. Noch ist Zeit, Versäumnisse zu korrigieren. Das ehemalige Salzbergwerk Asse, das als sogenanntes Versuchsendlager für Atommüll diente und aus ungeklärter Ursache einzustürzen und abzusaufen droht, führt uns bitter vor Augen, was passiert, wenn man Fehler zu spät erkennt oder bekannte kritische Verhältnisse eines Standortes nicht rechtzeitig würdigt. Die Entscheidung für ein Endlager für radioaktiven Müll, der Hunderttausend ja sogar Millionen Jahre gefährlich bleibt, kann nur getroffen werden, wenn gestützt auf höchste Sicherheitsstandards in einem nachvollziehbaren Verfahren der relativ beste Standort gesucht wird. In einem Vorschlag für einen neuen „Konsens zur Endlagerung“, den Bundesumweltminister Sigmar Gabriel vorgelegt hat, ist die Systematik einer solchen vergleichenden Suche aufgenommen. Allerdings zieht sich durch diesen Vorschlag aus dem BMU wie ein dicker roter Faden eine präjudizierende Rolle für den Standort Gorleben. Das BMU wendet sich auch völlig ab, von der notwendigen und unverzichtbaren Beteiligung der Bürger.

Nicht nur die Vorschläge aus dem Bundesumweltministerium zu einem neuen Anlauf bei der Endlagersuche, sondern auch Forderungen aus der niedersächsischen Landesregierung, Schacht Konrad zügig in Betrieb zu nehmen, den Standort Gorleben ohne Vergleich abschließend zu erkunden und dafür das Moratorium aufzuheben, haben im Vorfeld des heutigen 30. Jahrestages Medien und Öffentlichkeit beschäftigt. Derzeit wird viel spekuliert, wie die Bundesregierung es weiter halten wird mit dem Thema.

Wir halten es für völlig falsch, dass nach 30 Jahren immer noch und schon wieder hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Bürger über die Standortsuche verhandelt wird. Wir erwarten von der Landesregierung, Klarheit in die Diskussion zu bringen. Ernst Albrecht hatte in Hannover 1979 das Internationale Gorleben Hearing veranstaltet. Monika Griefahn hatte im Jahre 1992 in Braunschweig zu einer internationalen Anhörung zum Stand der Endlagerung eingeladen. Heute noch einmal 15 Jahre später halten wir es für an der Zeit, dass das Land diesen Faden aufnimmt und erneut eine Anhörung durchführt. Ziel muss sein, alle neuen Verfahrensvorschläge inklusive der AK End-Empfehlung darzustellen und diese Verfahren dem internationalen Vergleich auszusetzen. Außerdem sollte der neueste Stand der Endlagerforschung und der Sicherheitsanforderungen erörtert werden. Wir wissen, dass wir mit Ihnen, Herr Wulff, nicht einig sind in der Atompolitik. Mit der Forderung, jetzt erneut zu einem Endlager-Hearing einzuladen, nehmen wir Sie jedoch beim Wort. Bürgernähe und Partizipation sind die Ziele, die eigentlich in keiner Ihrer Reden zum Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern fehlen. Sie müssen sich nicht in allem an Ernst Albrecht orientieren. Aber die Idee des Gorleben-Hearings sollten Sie aufgreifen.

Gorleben soll leben!

Mit freundlichen Grüßen



Dorothea Steiner



Rebecca Harms



Stefan Wenzel